

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengeluche 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 32

Halver, Donnerstag, 7. Februar 1952

1952

Das britische Volk in tiefer Trauer

König Georg VI. ist tot

Geheimer Staatsrat proklamiert Elisabeth zur Königin - Das Thronfolgerpaar auf dem Rückflug von Afrika

dmt. London, 6. Februar

Am Mittwochvormittag ist König Georg VI. im 57. Lebensjahre auf seinem Landsitz Sandringham in der Grafschaft Norfolk in Ostengland unerwartet verschieden. Der König hatte am Dienstag noch einen Ausflug aufs Land unternommen und sich bei scheinbar guter Gesundheit schlafen gelegt. Um 11.15 Uhr deutscher Zeit wurde amtlich bekanntgegeben, König Georg sei friedlich im Schlaf verschieden.

Der König hatte sich am 23. September vorigen Jahres einer Lungenoperation unterziehen müssen und war in der vergangenen Woche zum letzten Mal in der Öffentlichkeit erschienen, als er sich auf dem Londoner Flugplatz von der Thronfolgerin, Prinzessin Elisabeth, verabschiedete. Das Thronfolgerpaar, das sich beim Tode des Königs in Kenia aufhielt, wurde auf dem Funkwege vom dem Todesfall verständigt und trat noch am Mittwoch den Rückflug nach London an, wo es am Donnerstag um 19 Uhr erwartet wird.

In einer Sondersitzung des geheimen Staatsrates wurde Prinzessin Elisabeth am Mittwochnachts zur Königin proklamiert. Die Nachricht vom plötzlichen Tode des Königs wurde in ganz England und dem britischen Weltreich mit großer Trauer aufgenommen.

In England wehen die Flaggen auf halbmast

In ganz England wehen die Flaggen auf Halbmast, der Rundfunk hat seine Musiksendungen eingestellt, die Theater sind geschlossen. Die Nachmittagszeitungen erschienen mit Trauerrand und Überschriften wie „Der König ist tot, lang lebe die Königin!“. Beide Häuser des Parlamentes traten Mittwochnachts zur gewöhnlichen Stunde zusammen, aber sie vertagten sich nach kurzen Ansprachen, in denen im Unterhaus Churchill und Attlee sowie der liberale Führer Davies, im Oberhaus Lord Salisbury als Sprecher der Regierung und die Vertreter der Labour-Party und der Liberalen den tief empfundenen Schmerz über den Tod des Monarchen Ausdruck verliehen, der in allen Kreisen der Bevölkerung geteilt wird. Das normale parlamentarische Geschäft ruht, bis die neue Königin die Geschäfte antreten hat.



König Georg VI. im Jahre 1936 kurz nach der Thronbesteigung.

Wie sein Vater wird Georg VI. voraussichtlich in der Westminster-Halle neben dem Parlament mehrere Tage aufgebahrt liegen, und die

Bundestag gedenkt des verstorbenen Königs

Bonn flaggt halbmast — Friedenswunsch für die junge Königin

wl. Bonn, 6. Februar

Vor Eintritt in die große Debatte um die gesamtdeutsche Wahlordnung brachte Bundestagspräsident Dr. Ehlers dem Hause das unerwartete Ableben König Georgs VI. zur Kenntnis. Während die Abgeordneten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben, fand der Präsident aufrichtige Worte der Teilnahme für das englische Königshaus und das englische Volk.

Georg VI., so erklärte Dr. Ehlers, habe noch vor wenigen Monaten durch den Empfang des Bundeskanzlers vor aller Welt zum Ausdruck gebracht, daß England unter die Gegnerschaft, die der Krieg zwischen dem englischen und dem deutschen Volk geschaffen habe, einen endgültigen Schlußstrich gezogen habe. Der verstorbene Monarch habe für diesen Wunsch, der die große Mehrheit des englischen Volkes beseele, den richtigen Ausdruck gefunden. Dr. Ehlers äußerte die Hoffnung, daß es der jungen Königin vergönnt sein möge, ihrem Volke den Frieden zu erhalten.

Der Präsident gedachte dann des vor kurzem verstorbenen isländischen Staatspräsidenten Sven Björnson. Zu Ehren der beiden hohen Verstorbenen wehten die schwarz-rot-goldenen Fahnen am Bundeshaus und auf allen Ministerien auf Halbmast.

Bundespräsident Professor Heuß schickte an die Königin-Witwe sofort ein Beileidstelegramm mit folgendem Wortlaut: „Eure Majestät bitte ich, den Ausdruck meiner aufrichtigen Teilnahme zu dem unersetzlichen Verlust entgegenzunehmen, den Sie und die königliche Familie durch

Bevölkerung wird Gelegenheit haben, ihrem verstorbenen König in feierlichen Prozessionen die letzte Ehre zu erweisen. In der kommenden Woche, wahrscheinlich am Mittwoch oder Donnerstag, wird der König dann in Windsor an der Seite seiner Väter beigesetzt werden.

Die Bevölkerung ist durch den Tod Georgs VI. tief erschüttert. Er war zwar kein großer Monarch, aber durch seinen vornehmen Charakter, durch den in schwierigen Lagen des letzten Krieges bewiesenen persönlichen Mut und durch sein vorbildliches Familienleben hatte er sich die Liebe und Verehrung seiner Untertanen erworben, was während seiner Krankheit im letzten Jahre besonders in Erscheinung trat. Sofort nachdem die Nachricht vom Tode des Königs bekanntgegeben worden war, strömten große Menschenmassen zum Buckingham-Palast und zum Marlborough-Haus, in dem die Königinmutter Mary wohnt, um der greisen Mutter des Königs und der gesamten königlichen Familie ihre Sympathie zum Ausdruck zu bringen.



Elisabeth II. mit ihrem Gatten, dem Herzog von Edinburgh.

Wird Edinburgh Prinzgemahl?

dmt. London, 6. Februar

Nach dem Tode des Königs Georg und der Proklamation der Prinzessin Elisabeth zur Königin von England stellen sich die Kronjuristen die verfassungsrechtlich wichtige Frage, welchen Titel künftig der Herzog von Edinburgh als Gemahl der neuen Königin führen wird. Dazu wird erklärt, es gebe für diese Frage bereits einen Präzedenzfall, nämlich den des Prinzen Albet, der nach der Thronbesteigung seiner Gemahlin, der Königin Victoria, den Titel eines Prinzgemahls annahm. Die Königin Elisabeth, die Witwe des Königs, wird jetzt Königin-Mutter von England.

Bonn billigt gesamtdeutsche Wahlordnung

Mit 293 gegen 29 Stimmen bei 25 Enthaltungen

wl. Bonn, 6. Februar

Mit 293 gegen 29 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen billigte der Bundestag am Mittwoch in namentlicher Abstimmung die von der Bundesregierung vorgelegte Wahlordnung für gesamtdeutsche Wahlen zu einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung.

Für die Wahlordnung stimmten die CDU, SPD, FDP, DP und einige Abgeordnete der Rechts, dagegen die bayrische CSU, die Föderalistische Union (Zentrum und Bayernpartei) und die Kommunisten. Alle jetzt dem Bundestag angehörenden Berliner Abgeordneten, von denen erstmalig 17 an der Sitzung teilnahmen, gaben in einer besonderen Urne ihre Stimme für die Wahlordnung ab, allerdings nicht, wie Vizepräsident Professor Carlo Schmid bedauernd hervorhob, als stimmberechtigte Bundestagsabgeordnete, sondern „vorerst noch als Demonstration“.

Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundesminister Jakob Kaiser hatten vor Beginn der mehrstündigen Debatte zu der Wahlordnung selbst Stellung genommen und dabei auf die wertvolle Hilfe hingewiesen, die durch die UNO-Kommission zur Überprüfung der demokratischen Vor-

aussetzungen in beiden Teilen Deutschlands für das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Regelung geleistet werden könne.

Die Wahlordnung wird nun den vier Besatzungsmächten, also auch der Sowjetunion, sowie der UNO-Kommission für Deutschland zugeleitet. Es liegt jetzt an den vier Besatzungsmächten, ob aus dieser Wahlordnung, die vorläufig noch Theorie ist, eines Tages ein für Gesamtdeutschland gültiges Gesetz wird, das die Bildung einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung ermöglicht.

Nach der neuen Wahlordnung soll das Gebiet ganz Deutschlands in einheitlichen Wahlkreise bilden, wobei jede Partei einen Wahlvorschlag für das gesamte Wahlgebiet einzureichen hat. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 10 000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Wahlvorschläge von Parteien, die beim Inkrafttreten dieser Wahlordnung bereits bestehen, bedürfen nur der Unterschrift von 10 Personen. Auf je 75 000 Stimmen entfällt ein Abgeordneter, wobei ein Rest von mehr als 50 000 Stimmen voll bewertet wird. Unberücksichtigt bleiben Wahlvorschläge, die nicht mindestens in einem deutschen Land 5 Prozent der dort abgegebenen Stimmen erreichen. In der Wahlordnung heißt es weiter: „Die Nationalversammlung beschließt die Verfassung. Sie hat diejenige Gewalt, die erforderlich ist, um bis zum Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung die freiheitliche, rechtsstaatliche, demokratische und föderative Ordnung herbeizuführen und zu sichern.“

CDU beantragt Zulassung im Saarland

dpa. Saarbrücken, 6. Februar

Die CDU hat am Mittwoch als neue Partei des Saarlandes ihre Zulassung bei der Saarregierung beantragt. Als einzige christliche Partei besteht bisher im Saarland die Christliche Volkspartei (CVP), der auch bis auf einen parteilosen Minister alle Regierungsmitglieder des Saarlandes angehören.

Nach Genehmigung werde die Partei mit den christlichen Parteien und Freunden aller Länder zusammenarbeiten zum Wohle Europas und zur Wahrung und Förderung christlich-abendländischen Geistes, heißt es in dem Antrag. Sie bekenne sich zum vereinigten Europa, an dessen Gestaltung sie nach Kräften mitwirken werde.

Bei den persischen Wahlen wurden bisher 25 Personen getötet.

Noch keine Einigung über deutschen Finanzbeitrag

Mehrbelastung zwischen 1,8 und 3,3 Milliarden Mark

wl. Bonn, 6. Februar

Vizekanzler Blücher und Bundesfinanzminister Schäffer haben am Mittwoch nach ihrer Rückkehr aus Paris dem Kabinett sowie den Vorsitzenden der großen Parteien, einschließlich der SPD, über die Vorschläge berichtet, die sie den „Drei Weisen“ für den finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrag gemacht haben. Bisher konnte keine volle Einigung erzielt werden, so daß die deutschen Minister voraussichtlich in wenigen Tagen noch einmal nach Paris fahren müssen.

Das deutsche Angebot liegt auf der Basis von 9 Milliarden Mark, übersteigt die Höhe der bisherigen Besatzungskosten demnach um 1,8 Milliarden Mark. Es wurde jedoch angedeutet, daß Deutschland vielleicht bis zu 10,5 Milliarden Mark gehen werde, sofern über die Anrechnung der Aufwendungen für Berlin und die Vertiefung der Besatzungszone ein annehmbarer Modus gefunden würde.

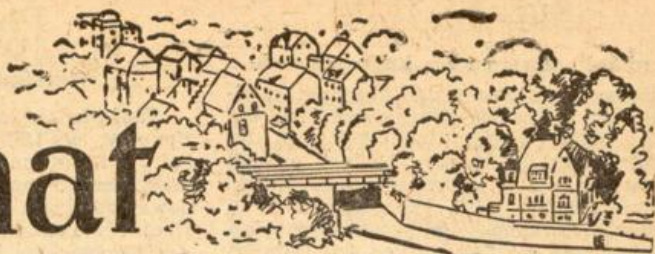
An dem deutschen Wunsch, künftig auch die Aufwendungen für die amerikanischen und britischen Truppen in Westdeutschland aus dem gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds zu bestreiten, hat sich nichts geändert. Die Mehrbelastung für Deutschland wird also mindestens 1,8 und höchstens 3,3 Milliarden Mark jährlich betragen. Die noch schwebenden Verhandlungen „pendeln“ zwischen diesen beiden Beträgen. Es



Eine Aufnahme der königlichen Familie vom letzten Sommer. Der König trägt den Schottenrock. (Fotos: Archiv)



Seite der Heimat



Halver, den 7. Februar 1952

Die Krakelschnörkler

Den Medizinern rühmt man ja bekanntlich un-rühmlich nach, daß sie durchweg eine Handschrift an den Tag legen, die nur von Apothekern entziffert werden könne. Wie weit das heute noch stimmt, kann hier nicht geklärt werden. Für den Patienten jedenfalls ist es immer die Hauptsache, daß das ihm verschriebene Rezept auch vom Apotheker gelesen werden kann.

Es gibt aber eine ganze Reihe von Menschen, die es sich anscheinend zur besonderen Ehre anrechnen, ihren Namen zu „Krakelschnörkeln“, also so zu schreiben, daß ihn niemand entziffern kann, auch ein Apotheker nicht. Unter sauber geschriebenen und pikant getippten Geschäftsbriefen zeichnet plötzlich „mit vorzüglicher Hochachtung“ ppa. Herr Soundso mit einem Krakelschnörkel, der unterwegs vom Winde verweht und zerrissen worden zu sein scheint. Noch schlimmer aber wird die Sache, wenn Menschen mit einer sonst gut oder ausgezeichneten Handschrift am Schluß angelangt sind und dann mit einem kühnen Federstrich gleich nach den „herzlichen Grüßen und Empfehlungen“ ihren Namen unterzeichnen, ein Gebilde, das selbst bei kühnster Phantasie nicht entziffert werden kann. Was die Krakelschnörkler auf der ganzen Welt sich dabei denken, mußte einmal von dem Gallup-Institut statistisch erfaßt werden, auch wenn manche „Krakelschnörkler“ bereits dazu übergegangen sind, unter ihrer gekritzelten Namen in Klammern, fein säuberlich mit Schreibmaschine geschrieben, die Enträtselung der Krakel zu setzen.

Komische Leute, diese Krakelschnörkler! Herold

Halver

Die Glücksgöttin war hold

Fortuna war in dieser Woche den Halverschen Totofreunden gnädig gesonnen, wenn sie auch die ganz großen „Sachen“ der Zwölferwette nicht nach Halver versenkte, wie man vielleicht erhofft hatte. Aber der Gewinn im ersten Rang der Zehnerwette des West-Süd-Blockes im Betrage von 10.595,— DM, der nach Halver fiel, ist auch nicht zu verachten. Weiter kam im 3. Rang der Zwölferwette viermal die Summe von 300,50 DM und im dritten Rang der Zehnerwette achtmal der Betrag von 10,40 DM nach Halver. Wir alle hoffen nun, daß sich die Glücksgöttin unseren Wunsch im gestrigen „Bilderbogen“ zu Herzen nimmt und die Halveraner recht bald wieder beehrt!

Beförderung beim Bundesbahnhof

Der Reichsbahnwärter Karl Otto Müller vom Bundesbahnhof Halver wurde zum Reichsbahnassistenten befördert. Wir gratulieren!

Wo bleibt die angekündigte Aufbesserung der Unfallrenten?

Die berechtigte große Unruhe unter den Unfallverletzten gibt dem Reichsbund Veranlassung, die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag erneut an die seit einem drei Viertel Jahr angekündigte Aufbesserung der Renten aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung nachdrücklich zu erinnern. Der Bundesarbeitsminister Storch hat bereits im Juli 1951 erklärt, daß das „Gesetz über Zulagen und Mindestleistungen in der Unfallversicherung“ fertig sei. Wie lange sollen die Unfallgeschädigten noch warten?

Kirchliche Volksbücherei Halver

Die Kirchengemeinde Halver hat schon länger als dreißig Jahre eine kirchliche Gemeinschaftsbücherei. Im letzten Kriege hat sie manche Verluste erlitten. Sie ist aber seitdem neu geordnet und auch ergänzt worden. Besonders in den letzten Jahren ist das Presbyterium bemüht gewesen, durch Neubeschaffung guter Bücher den Bestand zu vermehren.

Die Bücherei wird gern benutzt. Wie eifrig werden etwa die jüngst beschafften Werke von Willy Kramp gelesen. Zuletzt wurde das köstliche Buch vom „Spielmann Gottes“, dem Posaunen-general D. Johannes Kuhlo, eingestellt, das Dr. Wilhelm Ehmman geschrieben hat. D. Kuhlo ist mehrere Male in Halver gewesen. Alle, die ihn gekannt haben, werden die Lebensbeschreibung des ganz eigenartigen, humorvollen, frommen Mannes gern lesen. Sie fesselt aber auch den, der ihn nicht gekannt hat.

Vorschläge von guten lesenswerten Büchern nimmt Schwester Hildegard, die die Bücher ausgibt, gern entgegen. Sie werden beschafft werden, soweit die kirchlichen Mittel es zulassen.

Oeckinghausen/Carthausen

Unser „Gustav Adolf“ hatte Pech

Das sich anbahnende Tauwetter machte heute morgen nicht wenigen Kraftwagen schwer zu schaffen. So erging es heute morgen auch dem Gustav Adolf'schen Autobus, der auf der Straße wegrutschte und zunächst stecken blieb, so daß seine Fahrgäste von einem anderen Linien-Autobus übernommen werden mußten.

Bunter Abend der Ostdeutschen Jugendgruppe

Im Lokal Fromann, Carthausen, veranstaltete die Jugendgruppe der Halverschen Ortsvereinsung der Ostvertriebenen einen wohl gelungenen Bunten Abend, der ein reichhaltiges, ausgezeichnetes dargebotenes Programm umfaßte. Die zahlreichen Gäste, darunter nicht wenige Einheimische, kargten nicht mit dem wohlverdienten Beifall. Besonders gefiel das Laienspiel „O, diese Männer“. Auch der Singkreis der Ortsvereinsung unter Frau Scholz steuerte zu dem Programm bei, in dessen Verlauf auch Kreisvorsitzender Schönfelder und Jugendgruppenleiter Klaus Hilbig das Wort ergriffen.

14 000 Stück Exportpapiere - 84 000 Unterschriften

Pro Kopt 3 DM Besatzungskosten allmonatlich - Die Wirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg

Die Gesamtlage der Wirtschaft des Regierungsbezirks Arnsberg im vergangenen Monat ist trotz der saisonbedingten Verschlechterung der Bauwirtschaft nicht als ungünstig zu beurteilen. Die Industrie zeigt im allgemeinen eine große Festigkeit und konnte ihre Arbeitskräfte halten. Entscheidend für die Beurteilung der Gesamtlage ist die Tatsache, daß die Aufwärtsentwicklung der Investitions- und Konsum-Industrie jetzt besser fundiert ist als vor einem Jahr.

Die Wirtschaftsabteilung der Bezirksregierung in Arnsberg hatte im vergangenen Jahr über mehr als 15 000 Anträge auf Waren-Begleitscheine im Interzonenhandel zu entscheiden. 14 000 im Gesamtwert von 20,5 Mill. DM wurden genehmigt.

Für diese Waren-Begleitscheine mußten über 84 000 Unterschriften geleistet und etwa 420 000 Stempel angebracht werden.

Neue Betriebe. Im vergangenen Jahr wurden im Regierungsbezirk Arnsberg 7287 neue Betriebe, von denen 521 Flüchtlingsbetriebe waren, angemeldet. Im gleichen Zeitraum wurden 4857 Betriebe abgemeldet. Hiervon waren 232 Flüchtlingsbetriebe.

Kreditgewährung. Die Wirtschafts-Abteilung der Regierung in Arnsberg hat 1951 627 Anträge auf Kreditgewährung zur Beseitigung von Kriegs- und Kriegsfolgeschäden durchge-kämpft. Von den zur Verfügung gestellten rund 10 Mill. DM entfielen 7,5 auf Flüchtlingskredite.

Export. Hier war in den letzten Monaten keine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Bei steigendem Inlands-Absatz scheint die Industrie das umständliche Außenhandels-Verfahren als hinderlich anzusehen.

Bußgelder. Einschließlich Verkehrs-, Schrott-, Holz-, Kohlen- und Ernährungsbetriebe wurden 847 Bußgeld-Verfahren durchgeführt. Die Gesamtsumme der ausgesprochenen Strafen betrug über 180 000 DM.

Wohnungsbau. Die Bevölkerung des Regierungsbezirks Arnsberg ist von 1939 bis 1951 von

2,65 auf 3,07 Millionen Einwohner angestiegen. Die Zahl der vorhandenen Wohnungen ist hierzu im Gegensatz aber erheblich abgesunken (Bombenangriffe). Sie betrug 1939 741 000 und 1951 nur noch 647 000. Im vergangenen Jahr konnten im Regierungsbezirk monatlich 6500 Wohnräume neu bzw. wieder hergestellt werden.

Besatzungshaushalt. 9 Mill. DM müssen im Regierungsbezirk Arnsberg monatlich für die Besatzungsmacht aufgebracht werden. Das macht umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung drei Mark für jeden Einwohner in einem

Monat. Der größte Betrag entfällt auf die Gehälter und Löhne für die Bediensteten bei der Besatzung.

Die Hoffnungen, die man auf das im Februar 1951 erschienene alliierte Gesetz Nr. 47 über die Abgeltung von Besatzungsschäden gesetzt hatte, sind sehr enttäuscht worden. Es brachte entgegen der deutschen Rechtsprechung für die Vorwahrungsschäden nur eine Entschädigung von 10:1 und hat zu einer großen Rechtsunsicherheit und Verbitterung der Geschädigten geführt.

Forstwirtschaft 1951. Der Uebergang von den schweren Schädigungen der Nachkriegsjahre der Forstwirtschaft setzt sich zu einer stetigen Aufbaubarbeit fort. Die Holzpreise haben sich stark aufwärts entwickelt. Die Wiederauf-forstung im Staatswald ist soweit fortgeschritten, daß die Kahlfächen nur noch 430 Hektar betragen.

Halver liegt im Planquadrat VI 12,5-H,k

Wirtschafts- und Verkehrs-Atlas vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet

Der ständig steigende Wirtschaftsverkehr stellt hinsichtlich seiner reibungslosen Abwicklung an alle Teilnehmer die höchsten Ansprüche. Während früher der Stückgutverkehr fast nur über die Bahn abgewickelt wurde, werden heute zahlreiche Güter durch Kraftfahrzeug-Spediteure befördert. Dazu kommt, daß sehr viele Firmen durch betriebseigene Lastkraftwagen ihre Erzeugnisse unmittelbar von der Fabrik bis zum Verbraucher fahren lassen.

„Wirtschafts- und Verkehrs-Atlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet“ im Maßstab 1:60 000 Abhilfe schaffen. Der Atlas ist so übersichtlich gestaltet worden, daß er auch diesen

verkehrsmäßig schwierigen Raum

klar übersehen läßt. Dadurch, daß nicht nur die Lage der Orte, sondern auch die größeren Wirtschaftsunternehmen in dem Orts- und Firmen-Register durch eine Nummer gekennzeichnet werden, gewinnt dieser neuartige Atlas seine besondere Bedeutung für alle Verkehrsbetriebe.

Es gibt nur sechs Karten mit den römischen Zahlen I bis VI numeriert. Die Karten umfassen 18 Plan-Quadrate mit den unten und oben am Kartenrand stehenden Zahlen 1-7 bzw. 7-13 und den am linken und rechten Kartenrand von oben nach unten verlaufenden großen Buchstaben A-C, bzw. D-F oder G-I. Jedes einzelne durch eine Zahl und einen Buchstaben gekennzeichnete Planquadrat ist jedoch wiederum durch etwas kleiner gedruckte Zahlen 1-10 und kleine Buchstaben a-k unterteilt, so daß ein Planquadrat gewissermaßen aus hundert kleinen Quadraten besteht. Es ist daher ein leichtes, jeden Ort schnell aufzufinden zu machen, wie z. B. den Ort Ronsdorf, der im Ortsregister mit der Planquadrat-Nummer VI 8,10-H,d gekennzeichnet ist und demnach auf Karte VI im Planquadrat 8H, im Teil 10 d liegt.

Da es sich bei dem Atlas jedoch nicht nur um einen Verkehrs-Atlas, sondern auch um einen Wirtschafts-Atlas handelt, findet man beispielsweise die Firma Fienkel & Cie. in Düsseldorf-Reis-holz im Orts- und Firmenregister dieses „Wirtschafts- und Verkehrs-Atlas“ unter Düsseldorf im alphabetischen Firmenregister mit der Planquadratnummer V 4,10-I,c angeführt, oder die Gußstahlfabrik von Friedr. Krupp in Essen im Planquadrat III 6,5-D.a. Sämtliche größeren Firmen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind namentlich im Orts- und Firmenregister verzeichnet.

Im Plan-Quadrat VI 12,5-H,k liegt Halver.

Es sind natürlich nicht alle Firmen angeführt, sondern wie erwähnt, nur die wirtschaftlich bedeutendsten. So sind viele Orte in dem Wirtschafts- und Verkehrs-Atlas der Deutschen Kraftverkehr GmbH. nur mit ihrem Ortsnamen angeführt, hinter dem sich jedoch die Planquadratnummer befindet. Dieses Zeichen gibt stets für den betreffenden Ort das Mittel-Quadrat des Ortes nach der Seite und Höhe in dem betreffenden Kartenblatt an. Je größer also ein Wirtschaftsgebiet ist, um so mehr unterteilte Planquadrats-Zahlen 1-10 bzw. a-k gibt es.

Schalksmühle

Jahreshauptversammlung der Angestellten

Im Gasthause Hüsmert, Halverstraße, hielt die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Ortsgruppe Schalksmühle, die Jahreshauptversammlung ab. Geschäfts- und Kassenberichte über das verflossene Jahr gab der Vorsitzende Kollege Hans Lemken. Den Bericht über die Kassenrevision erstattete Kollege Karl vom Hofe. An Stelle des ausscheidenden Schriftführers Günter Schmidt wurde Hugo Werner gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Als Kassenprüfer werden im kommenden Jahre die Kollegen Karl vom Hofe und Helmut Ackermann tätig sein. Der aus Dortmund erschienene Bezirksleiter Steegmann aus Dortmund gab einen umfassenden Überblick über die im vergangenen Jahre sowohl innerhalb der Gesamtorganisation wie auch innerhalb des Bezirkes geleistete erfolgreiche Arbeit. Er referierte ferner über das Thema „Unsere Aufgaben im Jahre 1952“.

Dahlebrück

Bunter karnevalistischer Abend

Da das Hotel Henke dem MGv Dahlebrück vorerst nicht zur Verfügung steht, finden die Gesangschorstunden vorläufig im Gasthaus Rafflenbeul statt. In allen Räumen dieses Gasthauses veranstaltet der Verein am kommenden Sonnabend einen bunten karnevalistischen Abend. Für Humor und Heiterkeit ist bestens gesorgt.

Vierzig Jahre Nachbarschaft Halver

Im Dienst der Allgemeinheit — In dieser Zeit nur 2 Vorsitzende — An Beihilfen 110 000 Mark ausgezahlt.

Am 11. August 1911 wurde die Nachbarschaft Halver, die am kommenden Samstag im Lokal Heckmann ihre Jahreshauptversammlung veranstaltet, im damaligen Lokal Stenger gegründet. Sie besteht also nunmehr nicht weniger als 40 Jahre. Klein war zunächst die Schar derer, die sich zusammenschlossen, aber sie setzten ihre Gedanken in die Tat um. Nachbar Emil Reinwald wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Mit viel Liebe, Umsicht und Geschick hat er die Nachbarschaft auch in schweren Jahren geführt.

Im Januar 1921 mußte infolge der Inflation die Nachbarschaft wieder neu aufgebaut werden. Auch diese Arbeit wurde vom ersten Vorsitzenden Emil Reinwald und seinen Mitarbeiter musterhaft durchgeführt. Groß war die Mitgliedschaft geworden. Ruhig und unverdrossen tat Reinwald seine Pflicht. Seit Januar 1925 wurde infolge Krankheit des ersten Vorsitzenden die Nachbarschaft zunächst von seinem Stellvertreter Albert Buchmann geleitet.

Seit 1927 ist Nachbar Albert Buchmann erster Vorsitzender. Somit ist es wert festgehalten zu werden, daß die Nachbarschaft Halver in den vierzig Jahren ihres Bestehens nur zwei Männer zum ersten Vorsitzenden gehabt hat.

Seit 1924 hat die Nachbarschaft 110 000 Mark an Beihilfen ausgezahlt. Die Verwaltung ist ehrenamtlich. Wie zur Zeit der Inflation hat die Nachbarschaft aber auch jetzt wieder mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihre uneigennützig und aufopfernde Tätigkeit im Dienste des Nachbarn hemmen und hindern.

Auf Bundesebene soll nun ein neues Gesetz Klarheit darüber schaffen, ob die Nachbarschaften ihre Selbstständigkeit behalten oder ob sie unter Staatsaufsicht gestellt werden sollen. Die Nachbarschaft Halver hofft jedenfalls, daß wieder Einsicht walten wird, wie vor 25 Jahren und sie in der alten, bewährten Art weiterarbeiten kann — zum Nutzen der Mitglieder, für die sie uneigennützig tätig sein will.

Ein Oeckinghauser von altem Schrot und Korn

Morgen können die Eheleute Robert Schröder und Frau das Fest der Goldenen Hochzeit begehen

Bereits am Montag berichteten wir im Rahmen des Rück- und Ausblicks beim TuS Oeckinghausen, daß dessen Ehrenoberturnwart mit Sitz und Stimme im Vorstand Robert Schröder und Frau Anna geb. Reichwald am morgigen Freitag das Fest der Goldenen Hochzeit begehen können. Sein Leben war der Allgemeinheit, der Turnerei dem Lied und der Idee der Frei. Feuerwehr gewidmet. Darüber hinaus war und ist der Jubilar, dem Humor und Schlagfertigkeit trefflich zur Seite stehen, ein Inbegriff des echten alten Oeckinghausers, weithin bekannt und beliebt unter dem kameradschaftlichen Namen „Genosse“.

In den langen Jahren seiner erfolgreichen Tätigkeit hat der Jubilar alle Ämter, die der TuS Oeckinghausen zu vergeben hatte, vom Jugendleiter bis zum Leiter der Turnerinnen-Abteilung innegehabt. Um das Zustandekommen des schönen Platzes Susannenhöhe hat er sich durch persönlichen intensiven Einsatz verdient gemacht und ihm ist es vor allem zu danken, daß dieser Platz zu dem wurde, was er heute ist: eine welt-

hin bekannte Sportstätte. Auch das Zustandekommen des Bergfestes ist mit ein Verdienst des Jubilars. Der Ehrenbrief der Deutschen Turnerschaft, ebenso wie die des Kreises und Bezirkes würdigen seinen unermüdeten Einsatz. Den ersten Weltkrieg machte er bei der Fußartillerie mit. Auch heute noch nimmt dieser Idealist des Turnwesens an jeder Veranstaltung und Versammlung regen Anteil.

Aber darin beschränkte sich seine Tätigkeit noch keineswegs. So ist er Mitbegründer und Ehrenmitglied des MGv Oeckinghausen, war Steigerführer in der Frei. Feuerwehr Carthausen, und er ist ebenso auch in anderen heimischen Vereinen wie dem Imkerverein und der Nachbarschaft zum Wohle der Allgemeinheit rege tätig gewesen.

Dem 75jährigen Jubilar und seiner 71jährigen Lebensgefährtin, die im Rheinland geboren ist und zunächst in Ostpreußen gewohnt hat, entbieten wir unsere herzlichsten Glückwünsche zum Goldenen Ehejubiläum und für den weiteren gemeinsamen Lebensweg.

Beihilfen für SGV Scha'ksmühle und Dahlebrück

Sitzung der Gemeindevertretung Hülscheid - Wegeausbesserungen - Kritik an Rattenbekämpfung

Im Lokal Hegemann zu Heedfeld fand eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hülscheid statt. Bürgermeister Weyland leitete die Sitzung und für Amtsdirektor Nillius war dessen Stellvertreter Knieper zugewegen, sowie Amtshaumeister Langenbach und Ober-Inspektor Schulte als Finanzsachbearbeiter.

Bürgermeister Weyland gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse. Eine längere Debatte zeitigte die Bestätigung des Jagdvorstandes; das neue Jagdgesetz z. Z. noch nicht vorliegt, wurde dieser Punkt zwecks weiterer Klärung vertagt. Bei Punkt 5 — Wegevermessung und Wegeausbesserung — war die Gemeindevertretung einig in dem Bestreben, den Weg von der Autostraße nach Everinghausen gründlich instandzusetzen, auch sollen die Abfluß-

gräben der anderen Straßen nicht vernachlässigt werden. Der Antrag der Ostvertriebenen einen zweiten Vertreter in den Wohnungsausschuß zu übernehmen, wurde der Amtsvertretung empfehlend weitergegeben.

Die Beihilfeanträge der beiden SGV-Abteilungen Schalksmühle und Dahlebrück hatten Erfolg, während der Beihilfeantrag des Deutschen Roten Kreuzes für den Halbzu Hülscheid insbesondere wegen der Höhe vertagt wurde. Generell wurde beschlossen bei der Geburt des 7. Kindes den minderbemittelten Familien eine Ehrengabe von 30 DM zu überreichen. Die Gemeindevertreter Steinbach und Pohl kritisierten den unhaltbaren Zustand in Hülscheid, wo von dem Gehöft Höll seit längerer Zeit der Sumpf über die angrenzende Straße fließt. Weiter waren die meisten Gemeindevertreter mit der halbamtlichen Rattenbekämpfung unzufrieden.

Keine Immunitätsaufhebung

wl. Bonn, 6. Februar

Die Immunität der Bundestagsabgeordneten Dr. Kurt Schumacher und Dr. Arndt, beide SPD, wird nicht aufgehoben, entschied der Bundestag am Mittwoch.

Das Ersuchen der Bonner Staatsanwaltschaft um Aufhebung im Zusammenhang mit dem Dokumentenabstahlungsprozeß sei nicht ausreichend sachlich begründet, erklärte der Berichterstatter des Ausschusses. Im übrigen könne bei beiden Abgeordneten nicht schlechthin von Hehlerei gesprochen werden, da das ihnen von der Staatsanwaltschaft zur Last gelegte Verhalten politischen Charakters sei. Es bestehe kein Anlaß, diese beiden hochverdienten Parlamentarier ihrer Immunität zu berauben.

Aenderung im „Notopfer Berlin“

wl. Bonn, 6. Februar

Der Bundestag nahm am Mittwoch ein Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über das „Notopfer Berlin“ an. Nach der neuen Regelung wird das Notopfer nicht, wie ursprünglich vorgesehen, um 100 Millionen Mark erhöht, wohl aber findet innerhalb der einzelnen Steuerklassen eine Umschichtung statt.

Vor allem wird der Notopfersatz für Ledige zugunsten kinderreicher Familien erhöht. Bei Ledigen staffelt sich in Zukunft der Satz von 1,15 bis 3,75%, je nach der Einkommenshöhe, bei Familien mit 2 Kindern von 0,55 bis 2,75%. Die Abgabe der Körperschaften beträgt 3,75%. Das neue Notopfergesetz gilt bis zum 31. März 1953.

Frings erhielt Großkreuz

dpa. Köln, 6. Februar

Bundesinnenminister Dr. Lehr überreichte dem Kölner Erzbischof Kardinal Dr. Frings am Mittwoch zum 65. Geburtstag das ihm vom Bundespräsidenten verliehene „Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“. Die Ueberreichung fand auf einem offiziellen Empfang im erzbischöflichen Haus in Gegenwart des Domkapitels statt.

Reimann ruft zu Demonstrationen auf

Am Tage der Wehrdebatte — Bonn hat Vorsorge getroffen

dmt. Bonn, 6. Februar

Den sofortigen Rücktritt der Regierung Adenauer wird der KPD-Vorsitzende Reimann bei der Debatte über das Wehrgesetz fordern, meldete das Zentralorgan der KP, „Freies Volk“, am Mittwoch. Auf einer Belegschaftsversammlung in einer Abteilung des Hüttenwerks Ruhrort-Meiderich am Dienstag, zu der auch der zweite SPD-Vorsitzende Ollenhauer und die ehemalige Zentrumsvorsitzende Helene Wessel eingeladen, aber nicht erschienen waren, rief Reimann die westdeutsche Arbeiterschaft zu Streiks und Demonstrationen am Tage der Debatte über einen deutschen Wehrbeitrag auf.

Bonn hat im Hinblick auf die Wehrdebatte Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um Demonstrationen in der Nähe des Bundeshauses zu verhindern. Die Polizei beobachtete bereits am Mittwoch aufmerksam alle Zufahrtsstraßen nach Bonn und hat mehrere Omnibusse mit mutmaßlichen Demonstranten umgeleitet. Es ist Vorsorge getroffen, daß gegen größere Demonstrationsversuche durch einen „Druck auf den Knopf“ die erforderliche Zahl von Polizisten eingesetzt werden kann.

Die von kommunistischer Seite unternommenen Versuche, am Vortage der Wehrdebatte Warnstreiks im Ruhrgebiet zu organisieren, sind fehlgeschlagen. Selbst auf der Zeche „Nordstern“ in Gelsenkirchen, wo die Belegschaft einen 24stündigen Warnstreik für Mittwoch beschlossen hatte, fuhr die Kumpels zur gewohnten Stunde ein.

„Zwölf Apostel“ beraten Finanzfragen

dmt. Paris, 6. Februar

Der Zwölf-Männer-Ausschuß der Atlantikpakt-Organisation — scherzhaft „Zwölf Apostel“ genannt — ist unter Vorsitz des Leiters des Amtes für gegenseitige Sicherheit, Harriman, in

Saarfrage nicht mehr ganz so dramatisch

Direkter deutsch-französischer

wl. Bonn, 6. Februar

Um einen angeblichen amerikanischen Vermittlungsvorschlag in der Saarfrage ist es wieder still geworden. Im Augenblick deutet vielmehr alles darauf hin, daß sowohl von französischer als auch von deutscher Seite ein zweiseitiger Gedankenaustausch angestrebt wird.

Es wird erwogen, unmittelbar nach der Wehrdebatte eine Besprechung auf „niederer“ Ebene zwischen Staatssekretär Hallstein und Minister Berard, dem Stellvertreter François Poncet, herbeizuführen, in der das Gelände für eine Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und François-Poncet vorbereitet werden soll. Jedenfalls sieht man z. Z. auch in Bonn die Saarfrage etwas weniger dramatisch an als noch vor wenigen Tagen. Es wird als durchaus möglich bezeichnet, daß sich die Bundesregierung mit einer formalen französischen Erklärung zufrieden gibt, daß die Ernennung Grandvals zum Botschafter in Saarbrücken weder eine Präjudi-

Besatzung treibt unverantwortliche Vergeudung

Scharfe Kritik durch den Bundestag — Auch Wohnungspolitik angegriffen

wl. Bonn, 6. Februar

Am Vorabend der großen Wehrdebatte übte der Bundestag noch einmal in scharfer Form an der Verschwendung der Besatzungsmächte Kritik. Vor allem brandmarkte der SPD-Oberbürgermeister von Herford, Höcker, die Raubwirtschaft britischer Besatzungsdienststellen. Die „Möbelriedhöfe“ in der britischen Zone und besonders in der Herford-Oynhauser Gegend nähmen geradezu grauenhafte Formen an. Britische Familien, die beschlagnahmte deutsche Möbelstücke wieder los sein wollten, beförderten diese einfach auf die „Friedhöfe“, wo in hohen Stapeln ehemals kostbare Einrichtungsgegenstände aufeinanderlügen und zum Tummelplatz wilder Hunde würden. Es sei wahrlich um die deutsche „Gleichberechtigung“ traurig bestellt, wenn auch heute noch eine solche Vergeudung geduldet werde, gegen die man machtlos sei.

Höcker führte weiter Klage über die britische Wohnungspolitik, die z. B. einem Major mit einer Frau und einem Kind eine Achtkammerwohnung zuteilte. Für die CDU beschwerte sich Graf Sprei über die gleiche Verschwendungssucht bei der Beschlagnahme von Gebäuden im

Verfassungsgericht verhandelt Offenbacher Klage

Offenbach: Verstoß gegen Grundgesetz — 131er-Gesetz sittenwidrig

dmt. Karlsruhe, 6. Februar

Vor dem Bundesverfassungsgericht begann am Mittwoch die Verhandlung über eine Klage der Stadt Offenbach gegen ein Bundesgesetz, das die Rechtsverhältnisse der verdrängten Beamten (131er) regelt. Dieses Gesetz macht es Gemeinden über 3000 Einwohnern zur Aufgabe, eine bestimmte Zahl verdrängter Beamter unterzubringen und eine Mindestquote für die Besoldung aufzuwenden. Für Offenbach ergibt sich damit eine zusätzliche Belastung von rund 300 000 Mark.

Die Stadt bezeichnet dieses Bundesgesetz als einen Eingriff in ihre Personalhoheit und als Verstoß gegen das Grundgesetz, in dem die Selbstverwaltung der Gemeinden garantiert ist, da dieses Gesetz bei Nichterfüllung eine Zahlungsverpflichtung an den Bund vorsieht.

Die Stadt Offenbach erklärt weiter, daß dieses Gesetz nicht ohne Massenentlassungen und Verletzung anderer gesetzlicher Bestimmungen wie zum Beispiel über die Unterbringung von Schwerbeschädigten und Spätheimkehrern erfüllt werden könne und damit sittenwidrig sei.

McCloy wieder in München

dpa. Bonn, 6. Februar

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy, der am Dienstag an der Konferenz zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und den hohen Kommissaren teilgenommen hatte, ist in der Nacht zum Mittwoch wieder nach München gefahren, um in einem amerikanischen Krankenhaus seinen Knöchelbruch behandeln zu lassen. Er wird am Freitag voraussichtlich endgültig aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Ferngesteuerte U-Boote in der Ostsee?

„Mit größter Geschwindigkeit“ zwischen Danziger Bucht und Gotland

Lübeck. Nach Aussagen von Fischern, die schleswig-holsteinische Nothäfen anliefen, finden bereits seit Sommer vergangenen Jahres in der mittleren Ostsee ständig Versuche mit ferngesteuerten unbemannten U-Booten der Sowjetunion statt. Vor allem im Gebiet zwischen der Danziger Bucht und der schwedischen Insel Gotland wurden, wie AFP hierzu ergänzend meldet, plumpgebaute, gabelähnliche Masten gesichtet, die — wie sich aus geringer Entfernung erkennen ließ — als Aufbauten eines schnellfahrenden U-Bootes herausstellten. Offenbar sind diese gabelförmigen Masten, die die einzigen Aufbauten des U-Bootes bilden, die Empfangsgeräte für die Wellen, mit denen die Boote gesteuert werden.

Die Geschwindigkeit dieser unbemannten U-Boote wird auf 28 Seemeilen geschätzt. Da diese Boote wiederholt kleine hölzerne Fahrzeuge gerammt haben, nimmt man an, daß die Radar-Anlagen der U-Boote nur auf Metallteile reagieren.

Diese Berichte sind wohl mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen, da nicht ohne weiteres zu erkennen ist, ob es sich hierbei um einen lancierten Nervenkrieg zur Beunruhigung der Westmächte handelt, oder ob die Fischer aus der Ostzone tatsächlich über eigene Beobachtungen berichtet haben, was angesichts der scharfen

Wehrpflicht in den USA?

dmt. Washington, 6. Februar

Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für Armeefragen billigte, wie AFP meldet, mit 27 gegen 7 Stimmen den Gesetzentwurf zur Einführung der Wehrpflicht in den USA. Bevor das Gesetz Gültigkeit erlangt, muß es vom Repräsentantenhaus und vom Senat ratifiziert und schließlich vom Präsidenten Truman unterzeichnet werden.

Das Gesetz sieht die Einberufung aller jungen und für den Militärdienst tauglichen Amerikaner im Alter von 18 Jahren vor. Die Rekruten werden einer sechsmonatigen Ausbildung unterworfen und dann der Reserve zugeteilt.

Augenzeuge von Katyn sagte aus

dmt. Washington, 7. Februar

Vor dem amerikanischen Katyn-Ausschuß erklärte am Mittwoch ein ehemaliger polnischer Soldat, daß er selbst gesehen habe, wie 1939 polnische Offiziere von sowjetischen Soldaten im Walde von Katyn erschossen wurden, und wie andere lebend mit den Toten in eine tiefe Gruft gestoßen worden seien.

Die Sowjets hätten ihn und zwei mitgefangene Polen an Bäume gefesselt und sie hätten der Erschießung zusehen müssen. Der Zeuge, dessen Gesicht maskiert war und dessen Name unbekannt blieb, damit seine Verwandten hinter dem Eisernen Vorhang nicht gefährdet werden, erlitt während seiner Aussage einen Ohnmachtsanfall.

Schiffbruch: 70 Personen ertranken

dmt. Manila, 7. Februar

Ein Küstenschiff der Philippinen, auf dem sich 80 Sportler befanden, fuhr auf ein Korallenriff auf und brach auseinander. Siebzig Personen ertranken, nur 10 konnten gerettet werden.

Hapag und Lloyd verkehren wieder

dmt. Hamburg, 6. Februar

Die „Hamburg-Amerika-Linie“ (Hapag) in Hamburg und „Norddeutscher Lloyd“ in Bremen werden zum ersten Male seit 12 Jahren wieder die Route nach Amerika regelmäßig befahren. Die vier Schiffe, die von den beiden Schiffsgesellschaften für die Reise eingesetzt werden, sind allerdings ausgesprochene Frachter mit Unterbringungsmöglichkeiten für je 10 Passagiere. Für die Ueberfahrt brauchen sie etwa 11 Tage.

In Esslingen/Neckar nahmen am Mittwoch etwa 5000 Menschen an einer Protestkundgebung des Orts-Ausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen eine deutsche Remilitarisierung teil. In einer einstimmig gefaßten Entschlieung wurde gefordert, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Überwachung in den Häfen der Ostzone wenig glaubhaft erscheint.

Kohlenbergbau braudt 847 Mill. DM

vwd. Bonn, 7. Februar

Der Kapitalbedarf des Steinkohlenbergbaues wird für 1952 ohne Bergarbeiterwohnungen auf 847,5 Millionen DM beziffert. Der Bedarf soll durch Eigenmittel, ECA-Geldern und dem entsprechenden Anteil aus der Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft gedeckt werden. Bei der Braunkohle ist für 1952 ein Kapitalbedarf von 172,2 Millionen DM errechnet worden.

Bosch-Belegschaft protestiert

dpa. Stuttgart, 6. Februar

Gegen die von den Alliierten angeordneten Maßnahmen zur Entflechtung der Robert-Bosch-GmbH. hat die Belegschaft der Stuttgarter Bosch-Betriebe am Mittwoch in einer einstimmig gefaßten Resolution Protest erhoben.

Die Metallarbeiter des Saarlandes fordern, ebenso wie die Bergarbeiter, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Die Betriebsbelegschaften des Saarlandes beschloßen, am 9. Februar für 24 Stunden in den Streik zu treten, falls die Unternehmer bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllen sollten.

Beamte der neuerrichteten französischen diplomatischen Mission in Saarbrücken unterstützen am Mittwoch die feste Absicht Frankreichs, die wirtschaftliche Kontrolle über das Saargebiet für immer aufrechtzuerhalten.

Wettbewerb

Für den Entwurf zu einem neuen Verwaltungsgebäude schreiben wir einen Wettbewerb aus, zu dem alle Architekten zugelassen sind, die am 5. Februar 1952 ihren Wohnsitz in unserem Versorgungsgebiet oder im Gebiet der von uns mit Strom belieferten Stadtwerke Hagen, Iserlohn und Lüdenscheid und der Dessauer Gas- und Elektrizitätswerke Hagen-Eckesey haben.

Von der Teilnahme sind unsere Werksangehörigen sowie die Angehörigen, Teilhaber und Unterstellten der Preisrichter ausgeschlossen. Außer Herren unserer eigenen Verwaltung wirken aus unserem Versorgungsgebiet als Preisrichter mit:

aus Hagen die Herren Oberbürgermeister Steinhoff, Oberstadtdirektor Sasse, Stadtbaurat Dr. Knipping und Architekt BDA. Hans Woltmann, aus Altena Herr Oberkreisdirektor Feuring, aus Hohenlimburg Herr Bürgermeister Lindenberg. Für drei Preise und drei Ankäufe steht ein Gesamtbetrag von 23 000 DM zur Verfügung. Einreichtermin: 7. April 1952. Ausschreibungsunterlagen werden von unserer Bauabteilung, Hagen, Hochstraße 86/II, gegen eine Schutzgebühr von 20,— DM abgegeben.

Kommunales ELEKTRIZITÄTSWERK MARK

Aktiengesellschaft
Hagen, Postfach 549
Postcheckkonto Dortmund Nr. 2066

Lehnmädchen sucht

Fritz Tiemann
Damen- und Herrenfriseur
Schalksmühle
Bahnhofstraße 5

Füllhalter Kugelschreiber

Markenfabrikate, in großer Auswahl
Wilh. Bell jr., Halver

Jahreshaupt-Versammlung

der Ortsvereinigung der Ostvertriebenen Halver am kommenden Sonntag um 14.30 Uhr im Gasthaus Mödler.

Neuwahl des Vorstandes
Anschluß an gemütliches Beisammensein mit Tanz
dazu Gäste willkommen.
Der Vorstand

Ofen- und Ofenrohr-Reinigungsmittel

Russ = Ex

erspart der Hausfrau Arbeit und Staub. Packung nur DM -60
Erhältlich im Fachgeschäft von
Ernst Bergmann
Halver, Ruf 510

Habe in verschiedenen Größen gummibereifte Gespannwagen und Trecker - Anhänger zum Verkauf stehen.
Bever, Radevormwald/Räde-reichen, Tel. 99

Steigender Bierkonsum - zu wenig Gerste

Verfüttern ist wirtschaftlicher — Hohe Fleisch- und Eierpreise sind der Grund

Bonn. Der Bierausstoß der Brauereien stieg im Braujahr 1950/51 um rund 20 Prozent auf 22 Millionen Hektoliter. Damit sind 80 Prozent des Vorkriegsausstoßes erreicht. In den letzten Monaten des Jahres 1951 nahm der Ausstoß im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres sogar um 40 Prozent zu.

Sorgen bereitet die Beschaffung von Braugerste. Während etwa 750 000 Tonnen notwendig sind, stehen bis jetzt nur 565 000 Tonnen zur

Verfügung. Trotz Preisgeboten, die bis zu 28 Prozent über dem gesetzlichen Höchstpreis liegen, ist die Landwirtschaft bei ausreichenden Vorräten nicht gewillt, Braugerste abzugeben.

Die Hauptsache liegt darin, daß sich infolge der hohen Fleischpreise die Verfütterung auch dann noch lohnt, wenn der offizielle Gerstenpreis um 22 Prozent über dem gegenwärtigen Höchstpreis von 45,50 DM je Doppelzentner liegt. Auch die Eierpreise lassen die Verfütterung von Braugerste an Hühner als rentabel erscheinen.